

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

Oktober 2018 • No 50 • 0.8€

3. NOVEMBER 1918

Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs

Vor 100 Jahren schufen sich die ArbeiterInnen ihre eigene Partei. Sie war ihr wichtigstes Werkzeug im Kampf um ihre Rechte, gegen Faschismus und im Kampf für die Revolution, bis sie der Arbeiterklasse wieder entrissen wurde und mit der heutigen KPÖ eine bürgerliche Partei wurde!

Seite 6,7

Heißer Herbst?

Seite 5

JEDER ZWEITE KOMMT MIT LOHN NICHT AUS!

10.000 bei Donnerstagsdemo!

Seit 4. Oktober gibt es in Österreich wieder, die unter der ersten schwarz-blauen Regierung bekannt gewordenen, Donnerstagsdemos. Am 11. Oktober nahmen bereits 7.000 Leute teil, vergangenen Donnerstag, am 18. Oktober waren es schon über 10.000!

Seite 3

KIWARA SCHIKANIEREN RAPPER IM PARK

Seite 3

Arbeiter aller Länder, vereingt euch!

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die *Antifaschistische Aktion* 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die *Antifaschistische Aktion* erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

Liebe Leserinnen und Leser!

Zeitungsverkäufer des "AfA-Infoblatts" wurden in letzter Zeit öfters darauf angesprochen, ob wir zur KPÖ gehören, da wir in diesem Jahr bereits einige Beiträge zu "1oo Jahre KPÖ" veröffentlicht haben. Deshalb und auch wegen dem aktuellen Coverbild erscheint es uns wichtig wieder einmal klarzustellen, dass wir nicht zur KPÖ gehören.

Wir sind eine unabhängige Zeitung. Für ein antifaschistisches, revolutionäres Infoblatt, ist es notwendig sowohl politisch als auch organisatorisch unabhängig zu sein. Die KPÖ, die vor 100 Jahren gegründet wurde, war eine Partei des Proletariats, sie organisierte die ArbeiterInnen für den Kampf um den Sozialismus - gegen das Kapital, das auch den Faschismus hervorbringt. Außerdem stand die KPÖ in den Jahen 1934 bis 1945 an der Spitze des antifaschistischen Kampfes gegen den österreichischen und dann gegen den Nazifaschismus. Heute hingegen ist die KPÖ an die Herrschaft des Kapitals angepasst (z.B. ist sie für die EU, für den "wirtschaftsliberalen" Van der Bellen, usw.) und kämpft nicht für bzw. mit der Arbeiterklasse, schon gar nicht für den Sozialismus. Daher vertritt die KPÖ heute auch einen liberalen und inkonsequenten, keinen kämpferischen und konsequenten Antifaschismus. Daher gehören wir nicht zur KPÖ.

Da die KPÖ ihren Charakter so grundsätzlich geändert hat, wollen wir rund um den Jahrestag ihrer Gründung besonders auf die wichtigen Errungenschaften und Lehren hinweisen, die sie uns kämpferischen AntifaschistInnen und RevolutionärInnen hinterlassen hat, und diese dazu nützen unseren Kampf weiterzuentwickeln. Darum liebe LeserInnen, ist es uns ein Anliegen, dass sich "100 Jahre KPÖ" auch in unserem Infoblatt widerspiegelt!

antifaschistische Grüße, eure Redaktion

Nationalfeiertag 2018 - Wozu überhaupt feiern?

In Wien wurde am Nationalfeiertag ein Diskussionsabend organisiert, den die JournalistInnen der AfA unterstützt haben. Der sehr lebendige Abend war aufschlussreich und hat den BesucherInnen gezeigt, dass wir als AntifaschistInnen einen klaren Standpunkt zur österreichischen Nation haben müssen.

Diskussionsabend über die Nationale Frage in Österreich

„Rot-Weiß-Rot bis in den Tod“ war die Losung der Partisaninnen und Partisanen, der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs von 1938-1945. Unter der Führung der Kommunistischen Partei entwickelten die antifaschistischen Kräfte einen patriotischen Kampf gegen die Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland. Heute, 87 Jahre danach stellt sich die Nationale Frage aber anders. Österreich wird nicht mehr national unterdrückt. Im Gegenteil profitiert Österreich heute selbst von der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Länder. Die Neutralität wird immer mehr über Bord geworfen, Rüstungsausgaben explodieren, Rassismus und Nationalismus werden geschürt und österreichischer Patriotismus ist zum Programm der Herrschenden geworden. Welche Haltung sollen die AntifaschistInnen heute zur österreichischen Nation einnehmen?

Wir laden alle AntifaschistInnen und Antifaschisten herzlich dazu ein den Nationalfeiertag am 26. Oktober zu nutzen heutige antifaschistische Standpunkte zur österreichischen Nation zu diskutieren.

Freitag, 26. Oktober 2018, 17 Uhr,
Amerlinghaus/Teestube (Stiftgasse 8, 1070 Wien)

Unterstützt von: Antifaschistische Aktion

In der Diskussion wurde festgestellt das sich die Haltung der AntifaschistInnen zur österreichischen Nation im Verlauf der Geschichte geändert hat. In der Zeit von 1938-1945 haben die AntifaschistInnen für die Befreiung Österreichs als unterdrückte Nation gekämpft. Heute ist das anders. Heute heißt der österreichische Nationalismus selbst Rassismus und Chauvinismus, Kriegspolitik und Unterdrückung. Deshalb haben wir heute als Internationalisten nichts mehr zu feiern am Nationalfeiertag. Dieser Standpunkt wurde sehr gut auf der Diskussionsveranstaltung vermittelt und die AntifaschistInnen haben mit Klarheit und frischem Tatendrang die Veranstaltung verlassen.

WIEN

Erneut kämpferische Donnerstagsdemo



Seit 4. Oktober gibt es in Österreich wieder die unter der ersten schwarz-blauen Regierung bekannt gewordenen Donnerstagsdemos. Am 11. Oktober nahmen bereits 7.000 Leute teil, am 18. Oktober waren es schon über 10.000! Tausende Menschen gingen auf die Straße um gegen die antidemokratischen und repressiven Angriffe der Regierung, gegen Rassismus und Sozialabbau sowie gegen die arbeiterInnenfeindliche Politik zu protestieren.
Die letzte Donnerstagsdemo begann als Kundgebung am Stephansplatz. Dort gab es unter anderem einen Beitrag von den drei Rappern Sidney, T-Ser und Meydo, die vor kurzem aus rassistischen Gründen von der Polizei in einem Park schickaniert wurden.
Die Stimmung in der Demo fing zwar etwas verschlafen an, entwickelte sich aber in kurzer Zeit sehr lautstark. Ein kämpferischer antifaschistischer Block trat dabei besonders laut und lebendig auf.
Die überaus optimistische und gute Stimmung zeigt einen deutlichen Unterschied im Vergleich zu den letzten Demos. Es wurden durchgehend Parolen wie „Alerta! Alerta! Antifacista!“, „Das Kapital hat viele Farben, ihnen allen den Kampf ansagen!“ und „Um Europa keine Mauer, Bleiberecht für alle und auf Dauer!“ geschrien. Die Parolen drücken sehr gut aus, dass der Kampf gegen Faschismus und Revisionismus sich auch gegen das Kapital richtet und dass man in die eigene Kraft vertrauen muss, um wirklich was voranzubringen!
Der internationale Charakter dieses Kampfes kam durch solidarische Parolen gegenüber Flüchtlingen auch deutlich zum Vorschein. Viele rote Fahnen flammten überall auf und wurden von den vielen DemonstrantInnen lebendig geschwenkt.
Das laute und kämpferische Auftreten und die lebendige Stimmung brachte die Frauen, Jugendliche und Migranten, von denen besonders viele da waren, dazu die Demo zu einem großen Erfolg zu machen. Viele Leute, die zum ersten Mal auf einer Demo waren, wurden von der Stimmung mitgerissen und schrien ebenfalls laut mit. Auf dem Weg standen viele Hausbewohner an ihren Fenstern und zeigten sich Fahnen schwenkend und Parolen rufend solidarisch gegenüber den DemonstrantInnen.
Die Demo war so gut besucht, dass die gesamte Praterstraße auf voller Länge und Breite besetzt war. Das alles zeigt, dass die Leute kämpfen wollen, in die eigene Kraft vertrauen und die kämpferischen AntifaschistInnen noch mehr in der Verantwortung stehen diesen Demos Perspektive zu verleihen! Umso mehr Gründe gibt es zu den nächsten Donnerstagsdemos zu gehen, denn es ist zu erwarten, dass diese einen noch stärkerern Ausdruck haben werden.

Kathi S.



Kiwara schikanieren Rapper im Park

Die drei Rapper Sidney, T-Ser und Meydo von Akashic Recordz wurden in einem Wiener Park von rassistischen Polizisten kontrolliert und schikaniert.

Das ist kein unübliches Vorgehen der Wiener Behörden, doch in diesem Fall traf es ausnahmsweise drei Rapper, welche sich einerseits nicht einschüchtern ließen und anderseits auch die nötigen Hebel in Bewegung setzen konnten um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

FPÖ Gemeinderat Enzinger dazu auf facebok: „Die Spielereien sollten sich in den USA erlauben!“, in Anspielung an die zahlreichen rassistischen Morde durch die US-amerikanischen Kiwara!

Steht zusammen – Schulter an Schulter gegen Rassismus und Faschismus!

Yusuf F.



WIRBEL UM EINSATZ

Rassismus-Vorwurf gegen Polizei: Jetzt sprechen die Rapper

Eine Gruppe junger Musiker behauptet, aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert worden zu sein.

Erwin Enzinger FPÖ Gemeinderat
Unglaublich mit welchen Pack sich unsere Polizei herumschlagen muss!

Die Spielereien sollten sich in den USA erlauben!



EINGEKASTELT

Freiheit für Georges Ibrahim Abdallah!

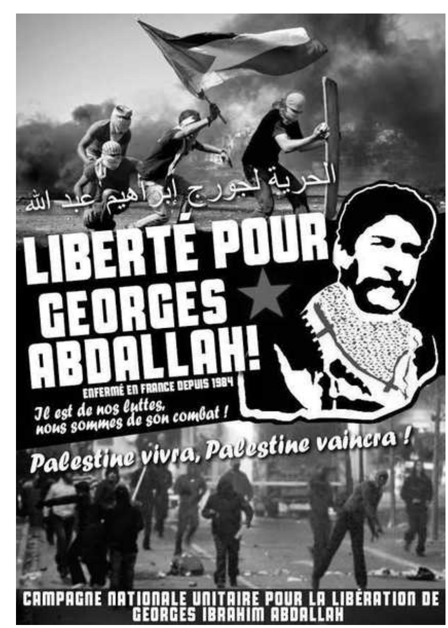
Am 24. September war der 34. Jahrestag der Verhaftung Georges Ibrahim Abdallahs. Er ist 67 Jahre alt und wurde 1984 in Lyon (Frankreich) inhaftiert, was ihn zu einem der längsten politischen Gefangenen der Welt macht. George Ibrahim steht einerseits für den gerechtfertigten palestinensischen Freiheitskampf und andererseits auch dafür, wie antidemokratsich und faschistisch der bürgerliche Staat reagiert, wenn er mit Widerstand konfrontiert wird: G. I. Abdallah wird nähmlich seit 1999 ohne Rechtsgrundlage weiter gefangengehalten! Es gibt relativ häufig, und was bemerkenswert ist, wirklich aus allen Ecken der Welt, Solidaritätsaktionen für die Freilassung von George Ibrahim.

Vor kurzem wurde erneut auch eine internationale Aktionswoche für die Befreiung Georges Ibrahim Abdallahs ausgerufen, die vom 17. bis 24. Oktober dauert. In dieser Woche sollen viele Solidaritätsaktionen gemacht werden, um weiter Druck auf die Regierungen Frankreichs, der USA und Israel zu machen (denn auf deren Drängen gibt es ständig Haftverlängerungen), aber auch um den Kampf Georges Abdallahs im Gefängnis, sowie den Kampf gegen die Besatzung Palästinas zu unterstützen.

Abdallah ist ein Kommunist aus dem Libanon und kämpfte 1982 im Widerstand gegen die israelische Invasion des Libanon. Er war Teil der antiimperialistischen Bewegung im Libanon als Mitglied der PFLP-EO (Popular Front for the Liberation of Palestine – External Operations - Volksfront für die Befreiung Palästinas – Ausländische Operationen), die gegen die Besatzung Palästinas kämpft.

Bis heute bleibt er ungebrochen von der Haft und Repression! Sein anti-imperialistischer und anti-zionistischer Kampf geht im Gefängnis weiter. Schon oft hat er mit seinen Mitgefangenen Hungerstreiks organisiert oder Artikel an die Öffentlichkeit aus dem Gefängnis geschrieben. Die Imperialisten wollen die Befreiungskämpfe und revolutionären Aufstände der Unterdrückten zurückhalten, indem sie Führer der Bewegung wie Abdallah einsperren. Sie wissen genau, das seine Freilassung die Kämpfe weltweit stark befeuern würde. Deshalb seid solidarisch und unterstützt die Solidaritätsaktion zur Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah!

Ali K.



Soliplakat des Solidaritätskomitees aus Frankreich

Für die sofortige und bedingunglose Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah!

Beteiligt euch an Solidaritätsaktionen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Freiheit für Palästina!

Solidarität mit der Redaktion und den JournalistInnen der „Neuen Demokratie“

Türkei/Istanbul: Seit einigen Monaten wird die Zentrale der antifaschistischen, revolutionären Zeitung „Neue Demokratie“ in Istanbul besetzt. Doch nicht wie man meinen würde von Gegnern der Zeitung, sondern von den Herausgebern, den JournalistInnen und von solidarischen AktivistInnen. Sie besetzen ihr Haus weil es ihnen von selbsternannten „Linken“ streitig gemacht wurde, von Kräften die sich selbst als „revolutionär“ und „antifaschistisch“ bezeichnen, aber eigentlich die Kapitulation vom Kampf anstreben. In Wirklichkeit wollen diese das Gebäude mit dem Ziel verkaufen, die hervorragende Arbeit der KollegInnen der „Neuen Demokratie“ zu verhindern. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen, selbst die reaktionärsten Methoden, wie die Zusammenarbeit mit der türkischen Polizei und Justiz um das Haus zu räumen, haben nur zur Verstärkung der Solidarität mit der „Neuen Demokratie“ geführt.

Heißer Herbst? Jeder zweite kommt mit Lohn nicht aus!

Mit 1. September wurde der 12 Stunden Tag eingeführt, Lohnverhandlungen haben begonnen, die Kassen und medizinischen Leistungen werden gekürzt... der ÖGB kündigte einen „heißen Herbst“ an.

Vom heißen Herbst hat man bisher nicht all zu viel mitbekommen. Im Sommer gab es eine Großdemonstration mit 100.000 Leuten gegen den 12 Stunden Tag, als er nun eingeführt wurde blieb der versprochene „heiße Herbst“ allerdings aus. Er blieb auch bei der Kürzung der Kassenleistungen aus und so wie es aussieht wird er auch bei den aktuellen KV-Verhandlungen ausbleiben. Während es also kalt bleibt, wird ein Schlag nach dem anderen gegen die ArbeiterInnen gestartet und unsere wirtschaftlichen Rechte systematisch abgebaut. Der „heiße Herbst“ wurde auch nicht ausgelöst als medial verkündet wurde, dass nur jeder Zweite mit seinem Lohn auskommt!

Laut einer Auswertung der AK Oberösterreich sieht die Realität der ArbeiterInnen etwa so aus: 46% der ArbeiterInnen die in einer Studie befragt wurden gaben an, dass sie mit ihrem Lohn nicht auskommen. In manchen Berufen sind es sogar über 70% die angeben, dass ihr Lohn kaum oder gar nicht zum Leben reicht. In der Gastro sind es 74%, bei Reinigungskräften 75%, bei KassiererInnen 77% und bei FriseurInnen sogar 79%! Betroffen sind speziell Hilfsarbeiter, Frauen, Jugendliche und MigrantInnen, welche im Allgemeinen die untere Schicht der Arbeiterklasse bilden.

Die oben angeführten Zahlen wurden auf orf.at veröffentlicht, der "Standard" berichtet ebenfalls über die Studie. Dabei lautete eine Unterüberschrift „Genug Einkommen macht glücklich“. Kurz darauf wird erklärt: „Wer nach eigenen Angaben mit dem eigenen Einkommen nur knapp oder gar nicht über die Runden kommt, ist deutlich häufiger unzufrieden mit dem eigenen Leben.“ Denn, „genug zu verdienen ist eine Voraussetzung dafür, dass man sich neben der Arbeit erfüllenden Tätigkeiten widmen kann“, heißt es weiter. Komisch, dass es unzufrieden macht, hackeln zu gehen für einen Hungerlohn, dass man nicht ganz happy ist, wenn man nicht weiß woher man die Miete oder Essen nehmen soll. Toll, dass es Studien gibt, die uns das erklären! Hinzu kommt nun auch noch der 12 Stunden Tag... und es bleibt weiter kalt. Zumindest was den ÖGB betrifft. Denn gleichzeitig gab es in den letzten drei Wochen drei Demonstrationen, mit über 10.000 Leuten, die sich gegen Sozialabbau und Rassismus stellten.
Auf einen „heißen Herbst“ brauchen wir nicht zu warten, das hat der ÖGB nicht erst einmal bewiesen, umso wichtiger ist es, sich an den Demonstrationen zu beteiligen.
Im Sommer waren 100.000 auf der Straße gegen den 12 Stunden Tag, in Oberösterreich gab es zahlreiche Aktionen und Demos gegen die Zusammenlegung der Sozialversicherungen und tausende Leute beteiligten sich an kämpferischen Demonstrationen gegen die faschistische Politik der EU-Allianz und letzten Donnerstag demonstrierten über 10.000 gegen die Regierung – das ist eine wirklich gute Ausgangslage für weitere Proteste und Kämpfe!

Mit seinem Lohn nicht auszukommen, 12 Stunden hackeln, überall überwacht zu werden... das macht zurecht grantig und wütend. Daher: kommt zu den Demonstrationen, gebt eurem Grant Ausdruck, nehmt Freunde und Bekannte mit (mindestens jeder Zweite hat einen Grund) und beginnt euch zu organisieren! Nur wenn immer besser und entschlossener an einem Strang gezogen wird, werden wir die Dinge in unserem Interesse verändern können!

Kein Warten auf den ÖGB! Vertraut in die eigene Kraft und schließt euch zusammen!

Wehrt euch und kämpft!

Lisa H.



Nichts Neues – aber nicht das Selbe.

„Was ist eingetreten in den letzten Jahren? Gestiegen ist die Arbeitslosigkeit, gestiegen sind die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, der Lebensmittel, der Wohnung, der Kleidung, der Verkehrsmittel, gestiegen sind die Anforderungen die heute an jeden Arbeiter an jede Arbeiterin im Betrieb gestellt werden, (...) gefallen sind die wichtigsten Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft in den Umsturtzjahren erkämpft hat.“ [aus „Die Arbeiterin“ November 1929, Seite 111]

Ähnlich verhält es sich heute. Wir sehen, dass Errungenschaften die sich die ArbeiterInnen erkämpft haben, wieder genommen werden – dann wenn die Arbeiterbewegung schwach ist, wenn sie durch Revisionismus und Reformismus vor lauter falschen Zugeständnisse an die Herrschenden zersetzt ist. Damals, 1929 hatte die Arbeiterklasse in Österreich eine Kommunistische Partei, die an ihrer Spitze kämpfte. Sie hatte einen schweren Start, gegen eine starke Sozialdemokratie, die es gut verstand mit linken Phrasen die Politik der Herrschenden durchzusetzen. Doch gerade Ende der 20er Jahre, als der Charakter der Sozialdemokratie von breiten Teilen entlarvt wurde und die Verhältnisse danach drängten umgeworfen zu werden, gewann die Kommunistische Partei mehr und mehr Einfluss unter den Arbeitern und Volksmassen. Das machte es ihr möglich die heldenhaften Kämpfe des Februar 1934 gegen den Austrofaschismus, sowie den erbitterten Widerstand gegen den Nazifaschismus zu organisieren und zu leiten!
Auch heute erleben wir, dass die Verhältnisse für eine große Mehrheit immer unerträglicher werden. Weltweit aber gibt es einen revolutionären Aufschwung, der sich punktuell immer wieder auch in Österreich widerspiegelt. Aber auch aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen! Es ist nicht das Selbe wie damals, nicht zuletzt weil die ArbeiterInnen in diesem Land vor der wichtigen Aufgabe stehen ihre Partei wieder zu schmieden – eine Organisation, die dringend benötigt wird, um einen Brand zu entfachen!

100. Jahrestag der Gründung der Kommunistische Partei Österreichs

„Mit der Gründung der Kommunistischen Partei war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung erreicht, aber die Partei besaß nicht die Kraft die Führung der Arbeiterklasse im ersten Anlauf zu übernehmen."

Oktober 1918

3. November 1918: Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs

12. November 1918

9. Februar 1919

Erster Parteitag der KPÖ

22. März 1919: Ausrufung der ungarischen Räterpublik

7. April 1919: Ausrufung der bayrischen Räterpublik

„Am 7. Oktober wurde die Polnische Republik proklamiert, am 28. Oktober die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Gleichzeitig lösten sich auch die südslawischen Teilen der Monarchie. (...) Erst jetzt kam es in Wien zu Massendemonstrationen bei denen die Ausrufung der Republik gefordert wurde." Die Habsburgermonarchie brach zusammen, am 21. Oktober wurde in Wien eine „provisorische Nationalversammlung" einberufen, zusammengesetzt von sozialdemokratischen Abgeordneten und Bürgerlichen.

Am 30. Oktober wurde eine republikanischer Verfassung beschlossen, in jener Sitzung sprach Viktor Adler (SP) „das erste Mal davon, dass eine österreichische Republik „lebensunfähig" wäre und daher den Anschluss an Deutschland suchen müsse. Otto Bauer hatte schon vorher in der „Arbeiterzeitung" eine Kampagne für den „Anschluss" begonnen."

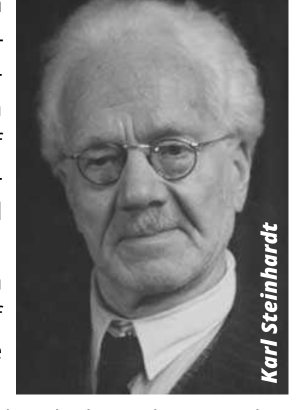
Die Führer der Sozialdemokratie zogen es vor auf den Zusammenbruch der Monarchie zu warten, hielten die Massen von der revolutionären Tat zurück.

Nach dem Jännerstreik von 1918 und der danach einsetzenden Repression, bestanden einzelne Gruppen der Linksradikalen illegal weiter und wurden im November Teil der KPÖ. Befeuert durch die revolutionären Stürme der Jahre 1917 und 1918 gründete sich die KPÖ. „Die Partei umfasste bei ihrer Gründung ungefähr 50 Mitglieder."

Wichtige Personen beim Gründungskongress waren, als Vertreterin einer sektiererischen Linie, Elfriede Friedländer und, als Vertreter der proletarischen Linie, Karl Steinhardt.

„Vom ersten Tag ihres Bestehens an hatte die Kommunistische Partei Österreichs gegen den Austromarxismus zu kämpfen, der zunächst auch die ideologisch noch ungefestigte Kommunistische Partei beeinflusste."

„Die Kommunistische Partei war in den ersten Monaten nach dem 12. November 1918 rasch gewachsen. Am 9. Februar hielt sie in einem Gasthaus in Ottakring ihren ersten Parteitag ab, auf dem 42 Delegierte rund 3000 Mitglieder vertraten. Den Vorsitz führte Karl Steinhardt."


Karl Steinhardt

Zu diesem Zeitpunkt erstreckte sich der Einfluss der Partei bereits auf Wien, Oberösterreich und die Steiermark.

Dieser Parteitag hatte zwar noch Fehler, doch machte er vieles sehr richtig und markierte einen entscheidenden Tag in der Geschichte der KPÖ.

12. November 1918: Das war der Tag der Ausrufung der Republik. Tausende Menschen strömten nach Wien. „Aber die Massen der Arbeiter und Soldaten, die den Ring füllten erwarteten nicht die bürgerliche sondern die sozialistische Republik. (...) Einzelne Kommunisten, die vor dem Parlament Reden hielten und die sozialistische Revolution forderten, erhielten allgemeine Zustimmung. Aber die SP-Führer meisterten die Situation, vor allem deshalb, weil die Massen überzeugt waren, dass auch die SP den Sozialismus anstrebe."

„Am 3. November 1918 erschien in der „Prawda" ein Appell an die Arbeiter der gesamten Habsburgermonarchie, der die Unterschrift Lenins und Swerdlows, des ersten Präsidenten des Sowjetstaates, trug." Der Appell zeigte als die Grundaufgabe der Revolution in Österreich-Ungarn „einen brüderlichen Bund der freien Völker (der Habsburgermonarchie) zu schließen und mit vereinten Kräften die Kapitalisten zu besiegen. Die hungernden Arbeiter Wiens werden Brot von den Bauern Ungarns erhalten, denen sie die Erzeugnisse ihrer Arbeit liefern werden. ... Nicht im Bunde mit der eigenen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen liegt die Bürgschaft des Sieges." (...) Lenin warnte die österreichische Arbeiterschaft vor dem Entente-Imperialismus, er verlangte das Bündnis der Völker der Habsburgermonarchie im Kampf gegen den Imperialismus, er erklärte, dass sich einem Bündnis der Sowjetrepubliken mit einem revolutionären Österreich-Ungarn auch die Arbeiter anderer Länder anschließen würden. Das waren die revolutionären Perspektiven von 1918."

*Die angeführten Zitate sind folgender Schrift entnommen: Lehrheft zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, II. Vom ersten Weltkrieg bis 1927.

Feiert das 100. Jahr der Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs!

Lasst an diesem Tag die unzähligen Märtyrer und Helden der Partei hochleben und lernt aus ihrem Kampf!

Der 100. Jahrestag der Kommunistischen Partei Österreichs soll aber nicht nur ein historischer Bezugspunkt sein. Auch heute kämpfen maoistische KommunistInnen in Österreich dafür, wieder eine solche Partei zu schaffen! Kämpferische AntifaschistInnen - unterstützt auch ihr diese Anstrengungen! Jeder Antifaschismus wird schlussendlich zahnlos ohne eine revolutionären Partei die an seiner Spitze steht!



Wer aber ist die Partei?

Wer aber ist die Partei?
Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen?
Sind ihre Gedanken geheim, ihre
Entschlüsse unbekannt?
Wer ist sie?

Wir sind sie.
Du und ich und ihr – wir alle.
In deinem Anzug steckt sie, Genosse,
und denkt in deinem Kopf.
Wo ich wohne ist ihr Haus, und wo du
angegriffen wirst, da kämpft sie.

Zeig uns den Weg, den wir gehen
sollen, und wir
Werden ihn gehen wie du, aber
Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg
Ohne uns ist er
Der falscheste.
Trenn dich nicht von uns!
Wir können irren, und du kannst recht
haben, also
Trenn dich nicht von uns!

Dass der kurze Weg besser ist als der
lange, das leugnet keiner
Aber wenn ihn einer weiß
Und vermag ihn uns nicht zu zeigen,
was nützt uns seine Weisheit?
Sei bei uns weise!
Trenn dich nicht von uns!

(Bertolt Brecht)

MEINUNG

Warum es heute eine Kommunistische Partei braucht…

… „ist ja logisch. Wie will das Proletariat Revolution machen, ohne Führung? Es braucht eine Organisation, die die richtige Linie hält.“

… „weil mit einer Kommunistischen Partei besser gekämpft werden kann.“

… „die sozialistische Revolution ist eine gewaltige Aufgabe, wenn man das will braucht man nicht glauben, dass das ohne die Partei geht die das organisiert und führt.“

… „Lenin sagte, dass es ohne der Kommunistischen Partei keine Revolution geben wird. Das haben wir auch beispielsweise im Arabischen Frühling gesehen – die Bewegung kommt nicht weiter ohne einer revolutionären Führung. Klar, die Bewegung hat Kraft und Energie, aber nicht das Bewusstsein. Dazu braucht man die Kommunistische Partei, um Kraft und Energie mit Klassengefühl bzw. Klassenbewusstsein zur erfolgreichen Revolution zu bringen.“

… „weil es darum geht, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Es geht nicht „nur“ darum, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und sich dafür einzusetzen – das kann genau so gut eine kämpferische Gewerkschaft machen. Bei der Kommunistischen Partei geht es um viel mehr, sie muss Ausdruck der Arbeiter sein, in der aktuellen Bewegung und was die Bedürfnisse sind, aber vor allem was die Zukunft der Bewegung betrifft. Die Kommunistische Partei muss Orientierung und Perspektiven geben können, durch die Stürme des Klassenkampfes sicher zum Sieg der Arbeiterklasse führen.“

… „weil es eine klare Ausrichtung und Orientierung braucht. Die Leute schimpfen viel, keiner ist zufrieden. Aber was tun, ist die große Frage. In vielen Diskussionen merkt man einfach, dass eine wirkliche Partei des Proletariats fehlt!“

Korrespondenz

Der Schulstart ist zu teuer!

Laut Statistik sind fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche in Österreich „armutsgefährdet“, genauso wie jeder dritte Alleinerzieherhaushalt und jede vierte Familie mit drei oder mehr Kindern. Wo sollen sie und die anderen Abeiter- und Migrantenfamilien das Geld für den Schulanfang hernehmen?

Es fängt noch vor dem neuen Schuljahr an. Für die Hälfte aller Eltern in Österreich ist es sehr schwierig, eine Kinderbetreuung in den Sommerferien zu finden. Fast ein Fünftel muss dafür über 400 Euro ausgeben. Auf zwei Drittel aller Kinder müssen andere Familienmitglieder aufpassen. Paare die Arbeiten, müssen deswegen auch oft zu verschieden Zeiten Urlaub nehmen, um die Ferien überbrücken zu können.
Und besonders der Schulanfang ist teuer: es braucht oft über 100, teilweise bis zu 300 Euro um alle Materialien zu kaufen (65 bis 303 Euro laut AK Tirol). Gerade für Schulanfänger kostet die Grundausstattung mit Schultasche, usw. nocheinmal mehr.
Durch das Schuljahr hindurch kommen noch Fahrtkosten, Kopien, Skiwoche, Ausflüge, usw. auf die Familien zu. Für die Nachhilfe alleine können durchschnittlich mehr als 600 Euro pro Jahr gerechnet werden (633 Euro laut AK Tirol 2014). Auch Hortkosten, Essensbeiträge und Kosten für die Nachmittagsbetreuung sind zu zahlen.
Neben Geld ist auch Zeit ein großes Problem. Gerade einen Hort zu finden, der lange genug offen hat um einen ganzen Arbeitstag zu überbrücken und den man sich leisten kann, ist oft unmöglich. Auch sind Hilfe bei der Hausübung, Elternsprechabende, Elternvereine uvm. ein starker Zeitaufwand. Wie soll das gehen bei einem 12-Stundentag oder einer 60-Stunden-Woche?
Für die große Mehrheit aller Frauen und Familien ist es schier unmöglich, mit dem Durchschnittslohn alle diese Kosten zu decken und die Zeit zu finden. Dadurch werden vor allem immer mehr Frauen dazu gedrängt, Teilzeit oder gar nicht mehr zu Arbeiten, um mit dieser Lage fertig zu werden. Viele Frauen sind daher in dreierlei Abhängigkeit: von Großeltern (Familienmitgliedern) die auf die Kinder aufpassen, einem Mann der Geld verdient und Beihilfen vom Staat.

Sara, Oberösterreich

Korrespondenz

Einpaar Überlegungen zum Nationalfeiertag...

Speziell in diesem Jahr der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft steht das historische Erbe des Nationalfeiertages in heftigem Widerspruch zu seiner Entstehung 1955.
Im Staatsvertag 1955 wurde von den Alliierten Mächten, besonders der Sowjetunion, die Neutralität Österreichs verankert. Von dieser Neutralität ist heute jedoch nicht mehr allzu viel übrig geblieben. Auch unter der rot/schwarzen Regierung wurde bereits in den vergangenen Jahren mehrere Male mit dem Vertrag der Neutralität gebrochen. Die Krise des österreichischen Imperialismus verschärfte sich zunehmend und die Herrschenden Österreichs sind gezwungen einen immer offeneren Bruch mit der Neutralität machen. Vor allem im Rahmen der EU und dessen militärische Aufrüstung, Die Teilnahme an der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit (EU-SSZ) sowie an einer gemeinsamen EU-Armee sind nur die Spitze dieser Aufrüstung. Auch der Transport US-amerikanischer Waffen durch Österreich, welche nicht der Neutralität entsprechen sind Beispiele dafür.
Es zeigte sich im vergangenen Jahr deutlich, insbeondere im Rahmen der EU Politik, dass diese Neutralität den Herrschenden Österreichs ein Dorn im Auge ist. Denn selbst wenn es übliche Praxis ist diese zu umgehen (Friedensmissionen, etc...), so zeigt sich doch auch, dass es der Bevölkerung in Österreich nicht egal ist.

Damals, 1955, stand der Nationalfeiertag im Zeichen der Befreiung vom Daschismus und damit der Loslösung von Nazideutschland, heute steht er im Zeichen von Aufrüstung und einer Aggression gegenüber den unterdrückten Ländern!
Die Neutralität per se exisitiert „nur“ am Papier, keine Sowjetunion oder Aliierte Armee pocht heute auf die Einhaltung dieses Vertrages. Darum ist es für alle aufrechten DemokratInnen, RevolutionärInnen und AntifaschistInnen wichtig, auch dieses Jahr am Nationalfeiertag „gegen die Abschaffung der Neutralität“ einzustehen.

Marco S.



Mit dem neuen „Umweltpaket und der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sollen nun geplante Großprojekte wie das Murkraftwerk oder der Westring automatisch genehmigt werden, wenn das Verfahren mehr als neuen Monate dauert. Mitspracherecht bei solchen Verfahren sollen nur mehr NGOs mit mehr als 100 Mitglieder haben, unter der Bedingung, dass sie alle Namen und Adressen ihrer Mitglieder bekannt geben. Dieser antidemokratische Angriff soll AktivistInnen einschüchtern und Großprojekte der Herrschenden schneller und „reibungsloser“ durchführbar machen. Mit dieser Novelle wird es noch schwieriger gemacht, solche Projekte im demokratischen Rahmen zu bekämpfen. Davon dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen.



Protestaktion gegen den Westring in Linz, der nun beschlossen beschlosen worden ist: Für weitere Proteste muss daher das Motto sein: "Nix is fix wenn wir uns wehren!"



Kämpferisch und entschlossen waren die Proteste gegen die letzten EU-Gipfel im Zuge der österreichischen Ratspräsidentschaft. Tausende zeigten in den vergangenen Monaten ihren gerechtfertigten Zorn und ihre Ablehnung gegen die imperialistische EU-Allianz.



Was die EU mit der Schädigung der Umwelt zu tun hat

Vom 29. bis 30. Oktober treffen sich in Graz die EU-Minister zum „Informellen Umwelt- und Verkehrsrat". Ausgerechnet in der Stadt, in der breite Teile der Bevölkerung seit über eineinhalb Jahre gegen das Murkraftwerk kämpfen! Während sich die Herrschenden mit ihren schön klingenden „Klimazielen" beweihräuchern, wird das Murkraftwerk gebaut, der Westring in Linz oder die dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat. Die Kosten dafür werden aus der Bevölkerung herausgepresst, ganz zu Schweigen von den Folgen für Umwelt und Mensch.

Das Murkraftwerk, das eines der ineffizientesten Wasserkraftwerke Österreichs sein wird, wird mit 1,52€ pro Kilowattstunde den teuersten Strom Österreichs produzieren. Warum wird es trotzdem gebaut? Weil mindestens 70 Millionen Euro direkt aus Steuergeldern verwendet, also von uns „finanziert" werden, welche durch das Bauvorhaben in private Taschen fließen. Für die Bevölkerung in Graz heißt das Kraftwerk noch weniger Parks, Grünflächen und Naherholungsraum. Der Augarten, einer der ältesten Parks in Graz soll als Touristenattraktion umgebaut werden, mit einer „Bucht" in der man jedoch nicht schwimmen kann. Das ist dann die „saubere" Energiegewinnung, die auch den EU-Klimazielen entspricht!
Mache würden vielleicht fragen: was hat die EU mit der Schädigung der Umwelt zu tun? Die EU ist eine Allianz der Ausbeuter und Unterdrücker – da wird auch nicht vor der Umwelt halt gemacht, auch hier verschärft sich die Lage zunehmend! Der österreichische Holzkonzern Schweighofer ist beispielsweise hauptsächlich an der illegalen Abholzung der letzten Urwälder Europas, die in Rumänien liegen, beteiligt. Mithilfe der EU, können die Kapitalisten aus Österreich ihren Einfluss noch stärker durchsetzen. Die Herrschenden hier zu Lande profitieren von der EU, was die Ausbeutung der Menschen, aber auch die Ausplünderung der Natur betrifft.

Jedoch gibt es nicht nur weltweit, sondern auch in Europa große Proteste zur Verteidigung der Rechte und zum Erhalt des Lebensraumes. Im August dieses Jahres beispielsweise, blockierten 200 Dorfbewohner (hauptsächlich Frauen) für mehr als 300 Tage und Nächte die Zufahrt zu einer Baustelle wo ein Wasserkraftwerk entstehen sollte. Das Kraftwerk hätte die Zerstörung einer wichtigen Brücke und eines Flusses mit sich gebracht und konnte (zumindest an dieser Stelle) erfolgreich verhindert werden! Die Dorfbewohner ließen sich trotz Polizeigewalt und Räumungsversuchen nicht einschüchtern.

(...)

Im imperialistischen Weltsystem geht es um Profit! Ruft das Kapital machen die Imperialisten der EU, was Osteuropa und den Balkan betrifft allen voran auch der österreischische Imperialismus, nicht Halt davor die Umwelt massiv zu belasten und langfristig zu zerstören. Der Schutz der Umwelt im Dienst der Bevölkerung ist mit den Interessen der EU nicht vereinbar und muss deshalb Teil des internationalen Kampfes gegen EU und Kapital sein. (...)

Immer mehr wird ersichtlich, dass die Umweltfrage nicht „isoliert" vom herrschenden kapitalistisch-imperialistischen System betrachtet werden kann, die EU und die Interessen der Imperialisten richten sich gegen den Schutz der Umwelt. Die wichtige Losung, welche die Kämpfe der Bevölkerung in verschiedenen Städten und in verschiedenen Ländern zusammenfasst, lautet daher auch in der Frage der Umwelt: „Nieder mit der EU! Nieder mit dem Kapital!"

Sofortiger Baustopp des Murkraftwerks!
Sofortige Freilassung des verhafteten Aktivisten der anti-EU Proteste in Salzburg!
Nieder mit der EU! Nieder mit dem Kapital!
Hoch die internationale Solidarität!

Den vollständigen Artikel findt ihr auf unserer Homepage: www.afainfoblatt.com



Bilder und Bericht zu den Demonstrationen gegen die EU-Gipfel: afainfoblatt.com



Demonstration gegen das Murkraftwerk in Graz

Die SPÖ Steiermark unterstützte den Bau des Murkraftwerkes in Graz. Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ) stellte bezüglich des Murkraftwerksbaus fest, dass im Zuge des Umweltverfahrens alle Einwände gründlich geprüft wurden, und außerdem steige der Strombedarf nun einmal. „Irgendwie wird sich das Werkl schon rechnen", meinte Schickhofer dazu. Wundern sollte uns das nicht, die steirische SPÖ hat schon öfters bewiesen, dass sie nicht auf der Seite der Mehrheit der Bevölkerung steht, wie z. B. als sie gemeinsam mit der ÖVP im Landtag einen Antrag gegen den 12-Stunden-Tag verhinderte. Ebenso wenig Vertrauen dürfen wir in „linke Alternativen" im Parlament und sogenannte „EU-Kritiker" haben! Bürgerliche Parteien wie Grüne oder KPÖ, versuchen uns das Gefühl von „Mitbestimmung" zu geben, indem sie eine Volksbefragung fordern. Solche schädlichen Position sollen nur dazu dienen, den gerechtfertigten Kampf zu lähmen und zurückzuzerren, ihm seine Schlagkraft zu entziehen, indem sie immer weiter auf irgendwelche Abstimmungen zu „vertrösten" versuchen.
Wir brauchen nicht „warten" und „hoffen" auf eine Volksbefragung, vertrauen wir in unsere eigene Kraft!

100 Jahre Frauenwahlrecht – und trotzdem Patriarchat...

„Jahrzehntelang währte in Österreich der Kampf um das Frauenwahlrecht. In diesem Kampfe schieden sich scharf die Geister zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung. Denn während die bürgerlichen Frauen sich mit der Gewährung eines Wahlrechts für die besitzenden Frauen begnügen wollten, traten die proletarischen Frauen für das allgemeine Wahlrecht ein.“ (Die Arbeiterin, Oran für die Interessen der werktätigen Frauen in Österreich, Februar 1928)

Am 12. November jährt sich mit der Novemberrevolution auch die Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich zum 100. Mal. Ein Anlass der vor allem von der herrschenden Klasse und vielerlei liberalen und bürgerlichen „Feministinnen“ groß genützt wird um selbst auf Stimmenfang zu gehen. Verschwiegen wird dabei, dass das allgemeine Frauenwahlrecht ein Produkt des Kampfes der Frauen, vor allem der Arbeiterinnen war, und kein „Geschenk der Republik“, wie es nun gerne dargestellt wird.

Während die bürgerliche Frauenbewegung vor 100 Jahren nur den besitzenden Frauen das Wahlrecht ermöglichen wollte, kämpfte die proletarische Frauenbewegung für das allgemeine Wahlrecht. Vor allem die fortgeschrittensten unter ihnen, die Kommunistinnen, sahen schon damals, dass das Frauenwahlrecht ein wichtiger Schritt zur breiten Politisierung der Frauen, doch keinesfalls die „Befreiung“ der Frauen vom Patriarchat schaffen konnte: *„Die Kommunistische Partei erklärt den proletarischen Frauen, dass es ein Irrglaube ist, zu meinen, dass sie durch die bloße Abgabe eines Stimmzettels alle vier Jahre auch nur einen Schritt näher zu ihrer Befreiung gelangen werden.“*

Heute, 100 Jahre danach sehen wir wie recht sie hatten. Keine einzige Verbesserung der Lage der Frauen wurde mit dem Stimmzettel erreicht, alle Erfolge sind durch den selbstständigen Kampf entstanden. Denken wir an die Abschaffung der feudalen Ehegesetze, an Gefängnisstrafen für Abtreibungen, an den Kampf gegen den offenen Faschismus,... keiner dieser Kämpfe wurde an der Wahlurne entschieden!

Warum sollte das heute anders sein?

Während sich die herrschende Klasse heute selbst beweihräuchert und das Frauenwahlrecht rühmt, verschlechtern sie permanent die Lage der absoluten Mehrheit der Frauen. Kinderbetreuung wird eingeschränkt, der 12-Stunden-Tag wurde eingeführt, Gesundheitsversorgung wird eingeschränkt und die Repression gegen feministische und antifaschistische Proteste nimmt stetig zu. Das Wahlrecht ist heute zu einer Lüge geworden, es schafft keine Gleichberechtigung und schon gar keine Emanzipation für die Frauen.

Deshalb denken die proletarischen Feministinnen wenn sie an das Jahr 1918 denken nicht vorrangig an das Frauenwahlrecht, sondern an die Gründung der Kommunistischen Partei. Es war die revolutionäre Partei, die den entschlossenen Kampf der Frauen nicht nur für ihre Rechte im Kapitalismus, sondern vor allem zur Niederschlagung der herrschenden Ordnung führte!



„Nur über den schweren Weg des Kampfes, den uns die russische Arbeiterschaft gewiesen hat, wernden auch die österreichischen Arbeiterinnen unter der Führung der Kommunistischen Partei das Joch ihrer Blutsauger abwerfen und sich wirklich fei machen können.“

Das allgemeine Wahlrecht 1918 war ein großer Erfolg der Frauenbewegung. Doch ein noch größerer Erfolg war es, dass die Frauen erkannten, dass es vor allem darauf ankommt sich fest zusammenzuschließen, in die eigene Kraft zu vertauen und unter Führung der Kommunistischen Partei die Wurzeln des Patriarchats auszureißen.

Nora K.

INTERNATIONAL

Frauenstreik in Schottland

Am Dienstag den 23. Oktober traten in Glasgow (Schottland) mehr als 8.000 Frauen in den Streik. Vor allem staatlich angestellte Heimhilfen, Mensamitarbeiterinnen und Putzfrauen beteiligen sich an dem Streik und fordern höhere Löhne für typische Frauenberufe. 2006 konnte die schottische Riegierung die Frauen noch besänftigen mit einem Gesetz das „Ungleichheit verreingen sollte“, in Wirklichkeit aber zur verstärken Ausbeutung der Frauen in diesen Sektoren führte. Nun ließen sich die Frauen jedoch nicht mehr mit leeren Versprechungen vertrösten sondern fordern höhere Löhne mit der Losung „Was wollen wir? Gleichen Lohn! Wann? Jetzt!“ Die streikenden Frauen in Glasgow sind damit der größte Frauenstreik in Schottland und Großbritannien seit 1968, wo tausende ArbeiterInnen in den Ford-Werken für gleichen Lohn für gleiche Arbeit streikten und den Streik auch siegreich beendeten! Das wünschen wir ihnen heute genauso!

Natalie

BRASILIEN

Repression gegen die wachsende Organisierung der armen Bauern!

Diesen Monat ermordete die brasilianische Polizei Führungskräfte der revolutionären Organisation Liga der armen Bauern (LCP). Diese Morde sind direkte Angriffe gegen die armen Bauern, die sich in Brasilien im Kampf um ihr Land befinden.
In einem Fall wurde ein Mitglied beim Autofahren durch einen Kopfschuss umgebracht und seine junge Tochter lebensgefährlich verletzt. Bei einem anderen Fall schoss die Polizei in eine Menge und tötete zwei Bauern, wobei auch ein Polizist starb. Die einzige Quelle von den letzten Ermordungen war die Militärpolizei, die versucht ihre Morde zu rechtfertigen indem sie sagten, sie seien in einen Hinterhalt gelockt worden.

Diese Morde sind in Brasilien keine Seltenheiten. Wenn Bauern versuchen ihr Land hartnäckig zu verteidigen, schickt der Staat bewaffnete Gruppen oder Polizei um die Bauern brutal zu vertreiben. Arme und landlose Bauern, und besonders deren kämpferischste Teile, sind die größten Ziele dieser Repression. Die armen Bauern, deren Land häufig seit Generationen genutzt wird, müssen gegen die Interessen der Großgrundbesitzer und Großkonzerne kämpfen, die dieses Land durch illegale neue Verträge dem Staat abkaufen. Die Bauern werden deshalb für die Projekte der Imperialisten aus ihren Häusern und von ihren einzige Einnahmequellen vertrieben. Landlose Bauern haben nicht einmal einen Boden, den sie besitzen und bearbeiten können, deshalb sind sie gezwungen auf den Grund von Großgrundbesitzern und Großkonzerne zu arbeiten. Zusätzlich werden sie von bewaffneten Gruppen und der Polizei terrorisiert, die von Großlandbesitzer, Großkonzerne und dem alten brasilianischen Staat eingesetzt werden, wenn sich die Bauern zur Wehr setzen.
Die LCP, eine revolutionäre Organisation, die aus armen und landlosen Bauern besteht, nimmt es sich als Aufgabe diese Unterdrückung durch die Agrarrevolution als Teil der neu-demokratischen Revolution zu beenden. Da unterdrückte Nationen, wie Brasilien, von imperialistischen Nationen unterdrückt werden, ist der Kampf um Befreiung in erster Linie ein nationaler. Imperialistische Nationen plündern unterdrückte Länder aus und unterdrücken sie, sodass es zu keiner demokratischen Entwicklung kommen kann und deshalb im Land halbfeudale Verhältnisse herrschen. Daher ist die Bodenfrage eine entscheidende Frage am Weg zur Revolution, denn ohne Agrarrevolution (welche die Bodenfrage löst), kann es keine eigenständige Entwicklung geben, kann es auch keine sozialistische Revolution geben.

Im Zuge der Kämpfe der LCP kommt es zu Gefechten mit bewaffneten Gruppen (Auftragskiller) und der Polizei, sowie auch zu Landbesetzungen von Großgrundbesitz. Da sie eine große Gefahr für die imperialistische Ausplünderung und den brasilianischen Staat repräsentieren, werden sie brutal angegriffen. Die Morde gegen die Führungskräfte der Organisation sind deshalb als ein großer Angriff zu verstehen, da die LCP die einzige Organisation ist, die eine konsequente Orientierung und Perspektive für die armen und landlosen Bauern gibt. Die Führungskräfte sind die fortgeschrittensten Teile der Organisation und als solche für die Entwicklung dieser



von enormer Wichtigkeit. Diese Morde sind aufs Schärfste zu verurteilen!
Durch die LCP wurde ein Grad an Organisation erreicht, der in der brasilianischen Geschichte erstmals nicht auf eine Region beschränkt ist, sondern sich landesweit entwickelt.

Wie aus vielen Berichten und Bildern hervorgeht, versteht sich die LCP als Organisation, welche die Agrarevolution vorantreibend mit einer maoistischen Kommunistischen Partei an ihrer Spitze kämpft. Nicht zuletzt deshalb erkennen die Reaktionäre zurecht eine große Gefahr in der Entwicklung der LCP, da diese keine isolierte oder spontane Bewegung darstellt.
Doch die Herrschenden in Brasilien denken sie können durch Gewalt und Tod die kommende Agrarevolution aufhalten, die LCP entgegnet ihnen: Für jeden ermordeten Genossen werden zehn weitere seinen Platz einnehmen!

Der Kampf der landlosen und armen Bauern ist gerechtfertigt!
Verurteilt die brutalen Morde der Imperialisten und ihrer brasilianischen Marionetten!

Rico F.

Zwei Millionen Menschen mehr als das letzte Mal boykottierten die kürzlich abgehaltenen Wahlen in Brasilien. 38 Millionen Leute, die die Wahlen boykottierten zeigen deutlich, was die Bevölkerung vom Wahlzirkus hält. In Minais Gerais zum Beispiel boykottierten 42% der Wahlberechtigten, der „Wahlsieger“ hingegen erhielt 25% der abgegeben Stimmen. Ein großer Teil der brasilianischen Bevölkerung ist nicht wahlberechtigt und ein weiterer großer Teil boykottierte die Wahlen. Teilweise wurden Wahllokale verwüstet, Sabotage Aktionen sowie schon im Vorfeld der Wahlen zahlreiche Propaganda-Aktionen durchgeführt. Auf Wänden war beispielsweise zu lesen: „Wahlen nein, Volkskrieg ja!“







Es lebe die
WELT-REVOLUTION!
1918
3. November: 100 Jahre Kommunistische Partei Österreichs
2018
Proletarier aller Länder vereinigt euch!